

„Moralische Prinzipien mit konkreten Problemen verbinden“

Aus dem Friedenshirtenbrief der amerikanischen Bischöfe

Im ersten Teil des Hirtenbriefes behandeln die amerikanischen Bischöfe außer den biblischen Aussagen über den Frieden die ethischen Grundfragen, die für eine Urteilsbildung im Spannungsfeld von Absage an den Krieg, Recht auf Selbstverteidigung und Gewaltlosigkeit zu berücksichtigen sind:

Der Christ hat keine andere Wahl, als den recht verstandenen Frieden gegen Aggression zu verteidigen. Das ist eine unabdingbare Verpflichtung. Sittliche Wahlmöglichkeiten ergeben sich bei der Frage, *wie* der Frieden verteidigt werden soll. Wir betonen diesen Grundsatz noch einmal, weil wir beobachten, daß sowohl diejenigen, die sich weigern, Waffen zu tragen, als auch die Soldaten so vielen Mißverständnissen ausgesetzt sind. Aus beiden Gruppierungen gibt es eine Vielzahl von Beispielen außerordentlichen Mutes, Beispiele, die die Welt nötig hat.

Von den Millionen Männern und Frauen, die mit ehrlicher Überzeugung in den Streitkräften gedient haben, opferten viele ihr Leben, und viele andere dienen heute in der ganzen Welt und helfen, jenen „gewissen Frieden“ zu bewahren, von dem das Konzil spricht.

Wir sehen viele zutiefst aufrichtige Menschen, die, weit entfernt davon, gleichgültig oder teilnahmslos gegenüber den Übeln in der Welt zu sein, in ihrem Gewissen fest überzeugt sind, daß sie den wahren Frieden am besten dadurch verteidigen, daß sie sich weigern, Waffen zu tragen. In einigen Fällen lassen sie sich von dem Evangelium und dem Leben und Tod Jesu leiten, die nach ihrem Verständnis jede Gewalt verbieten. Anderen geht es darum, einfach ein persönliches Beispiel für christliche Vergebung zu bieten, für einen positiven und konstruktiven Weg zur liebenden Versöhnung mit dem Feind. Wieder andere setzen sich für „aktive Gewaltlosigkeit“ als planvollen Widerstand ein oder beteiligen sich daran, um eine Aggression zu vereiteln oder bewaffnete Unterdrückungsversuche unwirksam zu machen. Keine Regierung und schon gar kein Christ darf einfach unterstellen, daß solche Menschen bloße Werkzeuge konspirativer Kräfte oder Feiglinge sind.

Militärische Verteidigung als letztes Mittel

Die katholische Lehre betrachtet diese beiden unterschiedlichen ethischen Entscheidungen als komplementär. Beide wollen dem Gemeinwohl dienen. Sie unterscheiden sich in der Auffassung, wie das allgemeine Wohl am wirksamsten verteidigt werden kann. Aber beide Entscheidungen bezeugen die christliche Auffassung, daß der Friede angestrebt werden muß und Rechte im Rahmen ethischer Einschränkungen und im Zusammenhang mit anderen menschlichen Grundwerten zu verteidigen sind.

In dieser ganzen Diskussion über unterschiedliche Entscheidungen sprechen wir natürlich von Wahlmöglichkeiten, die dem einzelnen Menschen offenstehen. Das Konzil und die Päpste haben klar herausgestellt, daß eine Regierung, die von einem bewaffneten ungerechten Angriff bedroht ist, ihr Volk verteidigen *muß*. Dazu gehört die militärische Verteidigung, wenn sie als letztes Mittel notwendig wird. Wir werden weiter unten die Bedingungen und Grenzen einer solchen Verteidigung erörtern. Aber auch wenn das Konzil von einzelnen Menschen spricht, achtet es darauf, das Grundrecht auf Verteidigung zu bewahren. Manche entscheiden sich dafür, ihr Recht nicht mit bewaffneter Gewalt durchzusetzen und greifen zu anderen Methoden der Verteidigung; aber sie verlieren das Recht auf Verteidigung nicht, und sie dürfen auch nicht ihre Verpflichtungen gegenüber anderen aufkündigen. Das Konzil lobt sie, solange die Rechte und Pflichten anderer oder der ganzen Gemeinschaft nicht verletzt werden.

Papst Pius XII. vertritt entschieden die Überzeugung, daß dem Christen obliegt, ungerechten Angriffen zu widerstehen:

„Ein Volk, das von einem ungerechten Angriff bedroht oder schon dessen Opfer ist, kann, wenn es christlich handeln will, nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren, und noch mehr verbietet die Solidarität der Völkerfamilie den anderen, sich in gefühlloser Neutralität als einfache Zuschauer zu verhalten. Wer wird je die Schäden ermessen können, die bereits in der Vergangenheit durch eine solche, von christlichem Empfinden weit entfernte Gleichgültigkeit gegenüber dem Angriffskrieg angerichtet worden sind! Wie hat sie das Gefühl mangelnder Sicherheit gesteigert bei den ‚Großen‘ und vor allem bei den ‚Kleinen‘! Hat sie dafür vielleicht irgendeinen Vorteil eingebracht? Im Gegenteil: sie hat die Anstifter und Begünstiger des Angriffs nur beruhigt und die einzelnen, sich selbst überlassenen Völker in die Notwendigkeit versetzt, ihre Rüstungen ins Unbegrenzte zu vermehren ...

Nun aber sind unter diesen Gütern (der Menschheit) manche von solcher Wichtigkeit für das menschliche Zusammenleben, daß ihre Verteidigung gegen den ungerechten Angriff zweifellos vollkommen gerechtfertigt ist. *Zu dieser Verteidigung ist auch die Solidarität der Völker gehalten: sie hat die Pflicht, die Angegriffenen nicht im Stich zu lassen*“ (Pius XII., Weihnachtsbotschaft 1948).

Das oben Gesagte soll aber nicht bedeuten, daß bewaffnete Gewalt die einzig mögliche Verteidigung gegen einen ungerechten Angriff ist, unabhängig von den Begleitumständen. Aus gutem Grund fordert das Konzil, daß schwerwiegende Angelegenheiten, die den Schutz der Völker betreffen, *nüchtern* behandelt werden. Die Kon-

zilsväter waren sich durchaus bewußt: In der heutigen Welt „(wachsen) mit der Fortentwicklung wissenschaftlicher Waffen“ der Schrecken und die Verwerflichkeit des Krieges ins Unermeßliche. Die Anwendung solcher Waffen im Krieg vermag ungeheure und unkontrollierbare Zerstörungen auszulösen, die die Grenzen einer gerechten Verteidigung weit überschreiten“ (Gaudium et spes, Nr. 80). Daher werden wir gewarnt: „Die Menschen unseres Zeitalters sollen wissen, daß sie über ihre kriegerischen Handlungen einmal schwere Rechenschaft abzulegen haben. Von ihren heutigen Entscheidungen hängt nämlich weitgehend der Lauf der Zukunft ab“ (ebd.). Notwendig sind ernsthafte und unablässige Untersuchungen und Bemühungen, um planmäßig Methoden sowohl für einzelne wie für Staaten zu entwickeln, einen ungerechten Angriff ohne den Einsatz von Gewalt abzuwehren.

Wir glauben, daß Bemühungen um die Entwicklung gewaltfreier Mittel zur Abwehr von Angriffen und zur Konfliktlösung am ehesten der Forderung Jesu nach Liebe und Gerechtigkeit entsprechen. In der Tat unterstreicht jeder Zuwachs an potentieller Zerstörungskraft der Waffen und daher auch des Krieges nur die Richtigkeit des Weges, den Jesus seinen Nachfolgern geboten hat. Auf der anderen Seite aber legitimiert die faktische Aggression, Unterdrückung und Ungerechtigkeit in unserer Welt auch den Griff zu den Waffen und zu militärischer Gewalt, um die Gerechtigkeit zu verteidigen. Wir müssen dieses echte Paradox erkennen, vor dem wir als Christen in der gegenwärtigen Welt stehen; wir dürfen nicht aufhören, unseren Glauben zu bezeugen, daß Liebe möglich und die einzig wirkliche Hoffnung für alle menschlichen Beziehungen ist, und müssen dennoch zugestehen, daß Gewalt, selbst tödliche Gewalt, zuweilen gerechtfertigt ist und daß Staaten für ihre Verteidigung Vorsorge treffen müssen. Es ist den Christen aufgetragen, sich darum zu bemühen, dieses Paradoxon durch noch größere Hingabe an Christus und seine Botschaft aufzulösen. Wie Papst Johannes Paul II. sagte:

„Der Christ weiß vor allem darum, daß Angriffslust, Hegemoniestreben und Manipulationsabsichten ändern gegenüber im Herzen der Menschen schlummern und manchmal sogar ihre Intentionen beeinflussen trotz eventueller Erklärungen oder Bekundungen pazifistischer Art. Er weiß ebenso, daß eine völlig und für immer friedliche menschliche Gesellschaft auf Erden leider eine Utopie ist und daß die Ideologien, die diese anpreisen, verständlicherweise unerfüllbare Hoffnungen nähren, was auch immer die Gründe für ihre Einstellung sein mögen: falsche Sicht der menschlichen Natur; Unvermögen, die Probleme in ihrer Gesamtheit zu betrachten; Ausflucht, um die Angst zu verdrängen, oder bei wieder anderen kalkulierter Eigennutz.“

Der Christ ist sogar davon überzeugt – und das besonders, wenn er selbst die schmerzliche Erfahrung gemacht hat –, daß diese trügerischen Hoffnungen gradlinig zum Pseudo-Frieden der totalitären Regime führen. Diese rea-

listische Sicht entmutigt jedoch keinesfalls die Christen in ihrem Einsatz für den Frieden. Im Gegenteil, sie stärkt ihren Eifer; denn sie wissen auch, daß der Sieg Christi über Sünde, Haß und Tod den Menschen, die sich nach Frieden sehnen, eine noch stärkere Motivierung zum Handeln bietet, als es die edelsten Auffassungen vom Menschen vermögen, und eine tiefere Hoffnung als jene, die sich an den kühnsten Träumen entfacht.

Aus diesem Grund zögert der Christ nicht, während er sich voller Eifer darum bemüht, alle Formen kriegerischer Auseinandersetzung zu bekämpfen und ihnen zuvorzukommen, gleichzeitig im Namen einer elementaren Forderung der Gerechtigkeit daran zu erinnern, daß die Völker das Recht und sogar die Pflicht haben, durch angemessene Mittel ihre Existenz und ihre Freiheit gegen einen ungerechten Angreifer zu verteidigen“ (Johannes Paul II., Botschaft zum Weltfriedenstag 1982 Nr. 12).

Die Herausforderung des Nuklearzeitalters

Nach der ausführlichen Darstellung der Kriterien für einen „gerechten Krieg“ und einem Abschnitt über den Wert der Gewaltlosigkeit wendet sich der Text den Gefahren im Zeitalter der Nuklearwaffen zu:

Sowohl die Lehre vom gerechten Krieg als auch die Gewaltlosigkeit stehen durch den Atomkrieg vor einer einzigartigen Herausforderung. Das muß der Ausgangspunkt jeder weiteren moralischen Überlegung sein: Die Atomwaffen im besonderen und die nukleare Kriegsführung, so wie sie heute geplant wird, stellen neue Fragen an die Ethik. Keiner der im vornuklearen Zeitalter entwickelten moralischen Standpunkte kann sich einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der derzeitigen atomaren Strategie entziehen. Viele haben festgestellt, daß hervorragende Wissenschaftler die gleichen Aussagen machen wie das II. Vatikanische Konzil, nämlich daß wir heute gezwungen sind, „die Frage des Krieges mit einer ganz neuen inneren Einstellung zu prüfen“. Unsere Aufgabe ist nicht, einfach zu wiederholen, was wir früher gesagt haben; sie besteht vor allem darin, von neuem darüber nachzudenken, ob und wie unsere religiös-moralische Tradition in der Lage ist, die Bedrohung, die für die Menschheitsfamilie durch die atomaren Waffenarsenale in der Welt entstanden ist, zu bewerten, unter Kontrolle zu bekommen, einzudämmen und schließlich, so hoffen wir, beseitigen zu helfen. Papst Johannes Paul II. traf den Kern des Problems, als er während seiner Pilgerfahrt in Hiroshima sagte: „In der Vergangenheit war es möglich, ein Dorf, eine Stadt, eine Region und sogar ein ganzes Land zu zerstören. Jetzt ist die ganze Erde bedroht.“

Dieses Wort des Heiligen Vaters macht deutlich, warum das moralische Problem auch eine religiöse Frage von allergrößter Bedeutung ist. Die atomaren Arsenale allein der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sind in der Lage, etwas zu bewirken, was man sich in keinem anderen Zeitalter vorstellen konnte: Wir können den ganzen Pla-

neten bedrohen. Für gläubige Menschen bedeutet dies, daß wir das Buch Genesis mit einem neuen Bewußtsein lesen; das moralische Problem, um das es beim Atomkrieg geht, versinnbildlicht die Sünde in extremer Form. Jede sündige Tat ist eine Konfrontation des Geschöpfes mit seinem Schöpfer. Das heutige Zerstörungspotential der Atomkräfte bedroht den Menschen und die Zivilisation, die wir langsam aufgebaut haben, und sogar die Schöpfungsordnung selbst.

Darum leben wir heute mitten in einem Drama kosmischen Ausmaßes. Wir besitzen eine Macht, von der niemals Gebrauch gemacht werden darf, die aber zum Einsatz kommen könnte, wenn wir nicht umkehren. Wir leben mit den Atomwaffen in dem Wissen, daß wir uns keinen einzigen schweren Fehler leisten dürfen. Diese Tatsache führt uns unsere prekäre Lage in aller Deutlichkeit vor Augen, politisch, moralisch und geistlich.

Ein besonderes „Zeichen der Zeit“ ist heute das erheblich gewachsene Bewußtsein der Gefahren des atomaren Rüstungswettlaufs. Dieses Bewußtsein hat hier und in anderen Ländern eine öffentliche Diskussion über die Nuklearpolitik in Gang gesetzt, die es in einem solchen Umfang und einer solchen Tiefe bisher nicht gegeben hat. Was jahrelang fast unbefragt hingenommen wurde, ist jetzt Gegenstand härtester Kritik. Was vorher als sicheres und stabiles Abschreckungssystem bezeichnet wurde, wird heute mit politischer und moralischer Skepsis betrachtet. Viele Einflüsse wirken bei dieser Neubewertung zusammen, und wir glauben, eines der entscheidenden Elemente ist die biblische Friedensvision, die uns in diesem Hirtenbrief leitet. Seit fast vier Jahrzehnten ist das Atomzeitalter der Schauplatz unserer Existenz; heute wird es unter neuen Gesichtspunkten bewertet. Der Sauerteig des Evangeliums und das Licht des Heiligen Geistes bilden für viele die entscheidende Dimension dieser neuen Perspektive.

Kriegsverhütung als moralische Aufgabe

Im Mittelpunkt der Neubewertung des atomaren Rüstungswettlaufs steht die Einsicht in zwei Aspekte: das Zerstörungspotential der Atomwaffen und die Entscheidungszwänge, vor die das Atomzeitalter Politik und Moral stellt.

Der schicksalhafte Weg ins Atomzeitalter als militärische Realität begann mit der Bombardierung von Nagasaki und Hiroshima, Ereignisse, die Papst Paul VI. als „ein Gemetzel unsagbaren Ausmaßes“ bezeichnet hat. Trotz aller Bemühungen um Kontrolle und Abrüstungsplänen (z. B. der Baruchplan von 1946) sind die atomaren Waffenarsenale übermäßig gewachsen, besonders bei den beiden Supermächten. Die qualitative Überlegenheit dieser beiden Staaten sollte jedoch nicht die Tatsache verdecken, daß vier andere Länder nukleare Potentiale besitzen und eine Reihe weiterer Staaten nur einen Schritt davon entfernt sind, „Nuklearstaaten“ zu werden.

Gegen diese Eskalation der Nuklearrüstung hat es gele-

gentlich und vereinzelt, niemals aber wirkungsvoll Widerstand gegeben. Der Wettlauf ging weiter trotz der begründeten Zweifel von Experten und anderen Bürgern und angesichts des energisch vorgetragenen Widerspruchs auf öffentlichen Versammlungen. Heute äußert sich gegen den Rüstungswettlauf nicht mehr vereinzelter oder gelegentlicher, sondern weit verbreiteter und anhaltender Widerspruch. Die Gefahr und die zerstörerische Gewalt der Nuklearwaffen werden erkannt; man leistet ihnen mit neuer Dringlichkeit und Intensität Widerstand. Heute wird in der öffentlichen Debatte die Position unterstützt, die der Heilige Stuhl in einer Stellungnahme 1976 vertreten hat: Der Rüstungswettlauf ist zu verurteilen als eine Gefahr, als ein Akt der Aggression gegen die Armen und als ein Wahnsinn, der nicht die Sicherheit bringt, die man sich davon verspricht.

Das päpstliche Lehramt hat immer wieder über den Wahnsinn und die Gefahr des Rüstungswettlaufs gesprochen; aber die neue Sichtweise seitens der Öffentlichkeit ist in hohem Maß der Arbeit von Naturwissenschaftlern und Ärzten zu verdanken, die ihren Bürgern die konkreten menschlichen Folgen eines Nuklearkrieges beschrieben haben.

Als eindrucksvollen Beweis seiner persönlichen und pastoralen Sorge um die Verhinderung eines Nuklearkrieges hat Papst Johannes Paul II. bei der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften eine Studie in Auftrag gegeben, die die Ergebnisse anderer wissenschaftlicher Gremien untermauerte. Der Heilige Vater hat die Studie durch persönliche Vertreter den politisch Verantwortlichen der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und dem Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen überreichen lassen. Eine ihrer Schlußfolgerungen hat besondere Bedeutung für die öffentliche Diskussion in den Vereinigten Staaten:

„Die jüngsten Behauptungen, ein Krieg mit Atomwaffen sei zu gewinnen oder man könne ihn sogar überleben, lassen sich nur durch ein mangelndes Verständnis der medizinischen Wirklichkeit erklären. Jeder Nuklearkrieg würde unausweichlich zu einem Inferno an Tod, Krankheit und Leiden führen, ohne daß wirksame medizinische Hilfe möglich wäre. Dieser Tatbestand führt zu demselben Schluß, zu dem Ärzte angesichts mörderischer Epidemien der Geschichte gekommen sind: Da man ein solches Geschehen nicht kontrollieren kann, muß man es verhindern.“

Diese medizinische Einsicht hat eine moralische Entsprechung. Traditionell hat die Morallehre der Kirche versucht, Krieg zuerst zu verhindern, und für den Fall, daß es dann doch zum Krieg kam, seine Folgen zu begrenzen. Heute sind die Möglichkeiten, einen Atomkrieg politisch und moralisch zu begrenzen, so minimal, daß die moralische Aufgabe wie die medizinische lautet: Kriegsverhütung! Als Volk müssen wir uns weigern, den Gedanken eines Atomkrieges für legitim zu erklären. Eine solche Weigerung erfordert nicht nur neue Ideen und neue Ein-

sichten, sondern auch eine Bekehrung des Herzens, wie es die Bibel nennt.

Nukleares Dilemma und Gleichgewicht des Schreckens

Das „Nein“ zum Atomkrieg ist eine notwendige und komplizierte Aufgabe. Wir stehen als Lehrer der Moral in einer Tradition, die immer bereit war, moralische Prinzipien mit konkreten Problemen zu verbinden. Besonders in diesem Brief konnten wir uns nicht damit zufriedengeben, einfache allgemeine moralische Grundsätze neu zu formulieren oder bekannte Forderungen für die Ethik des Krieges zu wiederholen. Wir mußten mit Hilfe eines breiten Spektrums von Beratern unterschiedlicher Überzeugungen den Charakter der vorhandenen und geplanten Waffensysteme, die militärischen und politischen Grundsätze für ihren Einsatz und die Folgen ihres Gebrauchs untersuchen. Wir haben Personen konsultiert, die ihr Leben dem Protest gegen die bestehende Nuklearstrategie der Vereinigten Staaten widmen, und wir haben andere gefragt, die heute für diese Strategie verantwortlich sind oder es früher waren. Es war eine ernüchternde und verwirrende Erfahrung. Angesichts der Argumente der Zeugen und angesichts unseres eigenen Studiums, unseres Nachdenkens und unserer Beratungen müssen wir den Nuklearkrieg ablehnen. Aber wir fühlen uns verpflichtet, unser Urteil auf die einzelnen Aspekte der nuklearen Problematik zu beziehen.

Obwohl wir überzeugt sind, daß die gefährliche und so zerbrechliche nukleare Beziehung zwischen den Supermächten nicht sein sollte, wissen wir aber auch, wie sie entstanden ist. In einer Welt souveräner Staaten ohne Zentralgewalt, die über das Wissen verfügt, Atomwaffen herzustellen, wurden bestimmte Entscheidungen getroffen, die die Welt in die heutige gefährliche Situation gebracht haben; einige davon sind eindeutig zu beanstanden, während andere in guter Absicht gefällt wurden, jedoch zu unklaren Ergebnissen führten.

Wir sehen mit zunehmender Klarheit den politischen Wahnsinn eines Systems, das mit gemeinsamem Selbstmord droht; wir sehen den seelischen Schaden, den es bei normalen Menschen, besonders der Jugend, verursacht; wir sehen die Verzerrung wirtschaftlicher Prioritäten – Milliarden werden bereitwillig für Instrumente der Zerstörung ausgegeben, während in unseren gesetzgebenden Körperschaften täglich regelrechte Schlachten über wesentlich geringere Summen für Obdachlose, Hungernde und Hilflose hier und in aller Welt ausgefochten werden. Es ist jedoch viel weniger klar, wie wir das Nein zum Nuklearkrieg in die persönlichen und politischen Entscheidungen umsetzen, die uns in eine neue Richtung führen können, hin zu einer staatlichen Politik und zu einem internationalen System, die die Werte und die Vision des Reiches Gottes besser erkennen lassen.

Diese Spannungen in unserer Bewertung der Politik und Strategie des Atomzeitalters sind ein Spiegelbild der widerstreitenden Elemente des nuklearen Dilemmas und des

Gleichgewichts des Schreckens, das daraus entstanden ist. Wir haben an früherer Stelle in diesem Brief gesagt, daß die Tatsache des Krieges ein Zeichen für die Sünde in der Welt ist. Die nukleare Bedrohung und die Gefahr, die sie für das Leben der Menschen und für die Zivilisation bedeutet, veranschaulicht auf eine qualitativ neue Weise den ewigen Kampf des politischen Gemeinwesens, den Einsatz von Gewalt, vor allem zwischen Staaten, einzudämmen.

Eben wegen der zerstörerischen Natur der Nuklearwaffen sind Strategien entwickelt worden, die früheren Generationen unverständlich gewesen wären. Heute werden militärische Vorbereitungen von gewaltigem Ausmaß und auf hochentwickeltem Niveau getroffen, aber der erklärte Zweck ist, die produzierten Waffen nicht zu benutzen. Drohungen werden ausgesprochen, deren Einlösung selbstmörderisch wäre. Der Schlüssel zur Sicherheit ist nicht länger nur militärische Geheimhaltung, denn in manchen Fällen kann man der Sicherheit am besten dienen, indem man den Gegner öffentlich davon unterrichtet, welche Waffen man hat und welche Pläne für ihren Einsatz existieren. Das Prinzip des Systems der Nationalstaaten – Souveränität bedeute, daß man in der Lage sei, Territorium und Bevölkerung des eigenen Staates zu schützen –, eben dieses Prinzip wird durch die nuklearen Potentiale der beiden Supermächte aufgehoben. In gewissem Sinne ist jeder auf Gnade oder Ungnade der Vorstellung des anderen ausgeliefert, welche Strategie „rational“, welche Art Schaden „inakzeptabel“ und wie „überzeugend“ die Drohung der einen Seite für die andere ist.

Unsere Moralbegriffe bekommen das politische Paradox der Abschreckung nicht mehr recht in den Griff. Darf ein Staat mit dem drohen, was er nie tun darf? Darf er besitzen, was er nie einsetzen darf? Wer steht jeweils hinter der Drohung der Supermächte: Vertreter der Regierung oder Militärs oder die Bürger, zu deren Verteidigung die Drohung ausgesprochen wird?

Kurz, es ist klar, wie gefährlich die Situation ist. Jedoch, wie man den Einsatz von Atomwaffen verhindern kann, wie man die Abschreckung bewerten und wie die moralische Verantwortung im Atomzeitalter beschreiben soll, läßt sich weniger klar sehen und formulieren. Angesichts der Komplexität der Nuklearfrage müssen unsere Argumente in diesem Hirtenbrief detailliert und nuanciert sein; aber unser Nein zum Atomkrieg muß am Schluß endgültig und entschieden ausfallen.

Kein Ersteinsatz von Nuklearwaffen

Die Frage nach der moralischen Erlaubtheit des Einsatzes von Nuklearwaffen konkretisiert der Text an drei Punkten: Einsatz gegen Bevölkerungszentren, begrenzter Nuklearkrieg und Ersteinsatz von Atomwaffen:

Wir können uns keine Situation vorstellen, in der die vorbedachte Einleitung nuklearer Kriegsführung, und sei sie noch so begrenzt, moralisch gerechtfertigt werden könnte. Nicht-nuklearen Angriffen anderer Staaten muß

mit anderen als nuklearen Mitteln begegnet werden. Daher besteht eine ernste moralische Verpflichtung, so schnell wie möglich nicht-nukleare Verteidigungsstrategien zu entwickeln.

Über diese Frage ist eine ernste Debatte im Gange. Sie wird mit politischen Kategorien geführt, aber sie hat auch eine bedeutende moralische Dimension. Man hat argumentiert, daß ganz zu Beginn eines Krieges Kernwaffen eingesetzt werden könnten, und zwar nur gegen militärische Ziele und vielleicht in begrenzter Zahl. Es ist in der Tat schon lange amerikanische und NATO-Politik, Kernwaffen, vor allem die sogenannten taktischen Kernwaffen, einzusetzen für den Fall, daß die NATO-Streitkräfte in Europa in Gefahr scheinen, einen Konflikt zu verlieren, der bis dahin auf konventionelle Waffen beschränkt war. Die NATO-Streitkräfte haben heute in Europa eine große Zahl taktischer Nuklearwaffen stationiert, die Sowjetunion hat etwa ebenso viele. Einige sind wesentlich kleiner als die Hiroshima-Bombe, andere sind größer. Wenn man eine Vielzahl dieser Waffen einsetzte, würden sie die dicht bevölkerten Länder Westeuropas und Mitteleuropas völlig verwüsten.

Ob bei einem Krieg in Europa, in asiatischen Gebieten oder dem Mittleren Osten oder bei einem direkten Schlagabtausch mit strategischen Waffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – die Schwierigkeiten, den Einsatz von Kernwaffen zu begrenzen, sind ungeheuer. Eine Reihe von Experten haben ausgesagt, daß Kommandeure unter Kampfbedingungen wahrscheinlich nicht in der Lage wären, eine strikte Kontrolle auszuüben; die Anzahl der eingesetzten Waffen würde rapide steigen, die Ziele würden über die militärischen hinaus ausgedehnt und die Opfer unter der Zivilbevölkerung würden enorm ansteigen. Niemand kann sicher sein, daß diese Eskalation nicht stattfände, auch nicht, wenn man politisch versucht, einen solchen Schlagabtausch zu „begrenzen“. Die Chancen für einen begrenzten Einsatz sind gering, und die Folgen einer Eskalation in die Massenvernichtung wären entsetzlich. Frühere Regierungsmitglieder haben versichert, es sei unwahrscheinlich, daß man einen Atomkrieg wirklich begrenzt halten könnte. Ihre Aussage und die Konsequenzen, die dieses Problem in sich birgt, führen uns zu dem Schluß, daß die Gefahr einer Eskalation so groß ist, daß es moralisch nicht zu rechtfertigen ist, in irgendeiner Form einen Atomkrieg zu beginnen. Die Gefahr liegt nicht allein in der Technik unserer Waffensysteme, sondern in der Schwäche und Sündhaftigkeit der menschlichen Gemeinschaften. Wir sind der Ansicht, die moralische Verantwortung für den Beginn eines Atomkrieges ist nicht durch rationale politische Ziele zu rechtfertigen.

Dies Urteil unterstreicht, daß die Bereitschaft, einen Atomkrieg anzufangen, eine besondere und schwerwiegende moralische Verantwortung mit sich bringt; denn damit wird eine kritische Schwelle überschritten – politisch, psychologisch und moralisch –, die seit 1945 errichtet worden ist. Wir äußern in diesem Brief wiederholt

größte Skepsis hinsichtlich der Aussichten, einen atomaren Schlagabtausch unter Kontrolle zu halten, wie begrenzt auch immer der Ersteinsatz sein mag. Es ist diese Skepsis, die uns zu dem Urteil führt, daß der Rückgriff auf Nuklearwaffen als Antwort auf einen konventionellen Angriff moralisch nicht zu rechtfertigen ist. Folglich bemühen wir uns, die Barriere gegen jeden Einsatz von Kernwaffen zu verstärken. Unsere Unterstützung für eine Politik, die auf den Ersteinsatz verzichtet, muß in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Gleichzeitig erkennen wir an, daß die Vereinigten Staaten die Verantwortung hatten und weiterhin haben, ihren Verbündeten bei der Verteidigung gegen einen konventionellen oder nuklearen Angriff beizustehen.

Besonders in Europa könnten Kernwaffen für eine gewisse Zeit erforderlich sein, um von einem *nuklearen* Angriff abzuschrecken, wenn auch ihr Besitz und ihre Stationierung strengen Einschränkungen unterworfen werden müssen.

Die Notwendigkeit, Europa gegen einen konventionellen Angriff zu verteidigen, legt die politische und moralische Verpflichtung auf, angemessene alternative Verteidigungsformen zu der gegenwärtigen Abhängigkeit von Kernwaffen zu entwickeln. Selbst bei größten gemeinsamen Anstrengungen – die angesichts der derzeitigen politischen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage kaum wahrscheinlich sind – braucht es seine Zeit, bis ein alternatives Verteidigungskonzept entwickelt worden ist.

In der Zwischenzeit beruht die Abschreckung gegen einen konventionellen Angriff auf zwei Faktoren: den keineswegs unbeträchtlichen konventionellen Streitkräften, die der NATO zur Verfügung stehen, und der Einsicht des Angreifers, daß der Ausbruch eines ausgedehnten konventionellen Krieges durch Zufall oder Fehleinschätzung einer der beiden Seiten zu einem nuklearen Krieg eskalieren könnte. Wir sind uns bewusst, daß die Weigerung der NATO, sich zu einem Verzicht auf den Ersteinsatz zu verpflichten, zu einem gewissen Grad mit dem Abschreckungseffekt der mit dem Eskalationsrisiko verbundenen Unberechenbarkeit zusammenhängt. Wir dringen angesichts der wahrscheinlichen Folgen der Auslösung eines Nuklearkrieges trotzdem darauf, daß sich die NATO zügig in Richtung auf einen Verzicht auf den Ersteinsatz bewegt, aber gleichzeitig ein angemessenes alternatives Verteidigungskonzept entwickelt.

Kriterien für die Abschreckung

Nach den Aussagen über den Einsatz von Nuklearwaffen wendet sich der Text ihrer Funktion im Rahmen der Abschreckungssysteme zu und nennt Bedingungen, unter denen Abschreckung sittlich toleriert werden kann:

Im Lichte der von Papst Johannes Paul II. vollzogenen Bewertung, die wir mit Hilfe unseres eigenen wohlherwogenen Urteils angewendet haben, führen uns diese Überlegungen zu konkreten Einzelheiten der nuklearen Abschreckungspolitik zu einer an strenge Bedingungen

gebundenen moralischen Billigung der nuklearen Abschreckung. Sie ist unserer Ansicht nach nicht als langfristige Grundlage für den Frieden angemessen.

Dieses an strenge Bedingungen gebundene Urteil liefert Kriterien für die moralische Bewertung der Einzelheiten einer Abschreckungsstrategie. Diese Kriterien zeigen deutlich, daß wir nicht jedem Waffensystem, jeder Strategie oder politischen Initiative zustimmen können, die im Namen einer Stärkung der Abschreckung vorgebracht werden. Im Gegenteil, diese Kriterien verlangen, daß die Öffentlichkeit ständig prüft, was unsere Regierung in bezug auf die Abschreckung unternehmen will.

Auf der Grundlage dieser Kriterien möchten wir nunmehr einige spezifische Bewertungen vornehmen:

1. Wenn nukleare Abschreckung nur den Einsatz von Kernwaffen durch andere verhindern soll, dann sind alle Vorhaben, darüber hinauszugehen und wiederholte atomare Schläge und Gegenschläge über einen längeren Zeitraum hin zu planen oder die Oberhand („prevailing“) in einem Nuklearkrieg zu gewinnen, nicht akzeptabel. Sie ermutigen zu der Vorstellung, daß man mit tragbaren menschlichen und moralischen Konsequenzen einen Nuklearkrieg führen könne. Statt dessen müssen wir immer wieder „nein“ zur Vorstellung eines Atomkrieges sagen.
2. Wenn nukleare Abschreckung unser Ziel ist, dann ist „ausreichende Abschreckung“ (sufficiency) eine angemessene Strategie; Streben nach Überlegenheit muß abgelehnt werden.
3. Nukleare Abschreckung sollte als ein Schritt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung dienen. Jede vorgeschlagene Ergänzung unseres strategischen Potentials oder jeder Wechsel der strategischen Doktrin müssen genauestens daraufhin untersucht werden, ob sie Schritte zu einer „fortschreitenden Abrüstung“ wahrscheinlicher machen oder nicht.

Konkrete Vorschläge und Empfehlungen

Überdies geben diese Kriterien Mittel an die Hand, einige Einschätzungen und Empfehlungen zur derzeitigen Richtung der Abschreckungspolitik der Vereinigten Staaten auszusprechen. Fortschritte auf eine Welt hin, die nicht mehr von der nuklearen Abschreckung abhängt, müssen mit Umsicht durchgeführt werden. Aber sie dürfen nicht hinausgezögert werden. Wir haben die dringende moralische und politische Verantwortung, den „gewissen Frieden“, den wir jetzt haben, zu nutzen, um durch atomare Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung zu einem echten Frieden zu gelangen. In diesem Prozeß kommt es vor allem darauf an, die Entwicklung und Stationierung von destabilisierenden Waffensystemen auf beiden Seiten zu verhindern; ein zweites Erfordernis ist sicherzustellen, daß neue, hochtechnisierte Kommando- und Kontrollsysteme nicht automatisch nach den ersten Anzeichen eines gegnerischen Angriffes den Nuklearkrieg auslösen (launch on warning); drittens ist es nötig, die Weiterverbreitung von Kernwaffen im internationalen System zu verhindern.

Aufgrund dieser allgemeinen Urteile wenden wir uns gegen einige bestimmte Vorschläge für unsere derzeitige Abschreckung:

1. Wir sind gegen neue Waffen, die gegenüber einem Angriff wahrscheinlich verwundbar sind, aber auch eine Fähigkeit zur „schnellen Zerstörung gehärteter Ziele“ besitzen, die das Zweitschlagspotential der anderen Seite verwundbar zu machen drohen. Solche Waffen können den Anschein erwecken, sie seien vor allem für einen Erstschlag geeignet. Aus diesem Grund sind wir gegen solche Waffen und auch gegen die Stationierung dieser Waffen durch die Sowjetunion, die Befürchtungen vor einem Erstschlag gegen die Streitkräfte der Vereinigten Staaten hervorrufen.
2. Wir sind gegen die Bereitschaft, strategische Planungen zu begünstigen, die eine nukleare Kriegsführungsfähigkeit anstreben, die über die begrenzte Funktion der Abschreckung, wie in diesem Brief beschrieben, hinausgeht.
3. Wir lehnen Vorschläge ab, die eine Senkung der atomaren Schwelle zur Folge haben und den Unterschied zwischen Atomwaffen und konventionellen Waffen verwischen.

Wir unterstützen das Konzept der „Hinlänglichkeit“ (sufficiency) als eine ausreichende Abschreckung und empfehlen angesichts des gegenwärtigen Umfangs und der Zusammensetzung der strategischen Arsenale der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion:

1. Unterstützung unverzüglicher, beidseitiger, überprüfbarer Vereinbarungen, um die Erprobung, Produktion und Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme anzuhalten;
2. Unterstützung beidseitig ausgehandelter einschneidender Reduzierungen der Arsenale beider Supermächte, besonders bei jenen Waffensystemen, die destabilisierende Eigenschaften haben; Vorschläge der Vereinigten Staaten wie die für START (Strategic Arms Reduction Talks) und INF (Intermediate-Range Nuclear Forces) in Genf beanspruchen, auf einschneidende Reduzierungen ausgerichtet zu sein; wir hoffen, daß diese Vorschläge auf eine Art und Weise verfolgt werden, die diese Ziele verwirklicht.
3. Unterstützung eines baldigen und erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen über ein umfassendes Teststoppabkommen;
4. Beseitigung nuklearer Kurzstreckenwaffen auf allen Seiten, deren Abschreckungswert in keinem Verhältnis zu der mit ihnen verbundenen Vervielfältigung der Gefahren steht;
5. Entfernung der Kernwaffen durch alle Parteien aus Gebieten, wo sie wahrscheinlich in einem frühen Stadium eines Krieges überrannt und daher zu schnellen und unkontrollierbaren Entscheidungen über ihren Einsatz zwingen würden;
6. Stärkung der Befehls- und Kontrollgewalt über die Kernwaffen, um einen unbeabsichtigten und nicht autorisierten Einsatz zu verhindern.

Diese Urteile sollen beispielhaft zeigen, daß das Fehlen einer eindeutigen Verurteilung der Abschreckung nur bedeutet, daß wir versuchen, die der Abschreckung zugeschriebene Rolle anzuerkennen, nicht aber ihre Ausweitung über den oben genannten Zweck hinaus befürworten. Einige haben uns gedrängt, alle Aspekte der nuklearen Abschreckung zu verurteilen. Dies geschah aus mehreren Gründen; es wurden insbesondere die hohen und schrecklichen Risiken betont, daß entweder der vorsätzliche Gebrauch oder die zufällige Detonation atomarer Waffen schnell zu einer Situation eskalieren könnten, die in überhaupt keinem Verhältnis mehr zu irgendeinem moralisch akzeptablen Zweck stünde. Die Entscheidung dieser Fragen verlangt Urteile über hypothetische Ereignisse auf der Grundlage hochspezialisierten Fachwissens. Obwohl es Gründe gibt, die einige dazu bewegen, nukleare Abschreckung zu verurteilen, sind wir aus Gründen, die wir in diesem Brief dargelegt haben, nicht zu diesem Schluß gelangt.

Trotzdem darf es kein Mißverständnis über unsere tiefe Skepsis hinsichtlich der moralischen Akzeptanz jedes Einsatzes von Kernwaffen geben. Es ist klar, daß der Einsatz jeder Art von Waffen, die den Grundsatz der Unterscheidung (zwischen Kombattanten und nicht-Kombattanten) verletzen, eindeutige Verurteilung verdient. Man hat uns gesagt, daß einige Waffen für einen reinen „counterforce“-Einsatz gegen militärische Kräfte und Ziele bestimmt sind. Das moralische Problem ist jedoch nicht mit der Konstruktion der Waffen oder der geplanten Absicht für ihren Einsatz gelöst; es müssen auch die Konsequenzen bedacht werden. Es wäre eine pervertierte politische Maßnahme oder moralische Kasuistik, wenn man den Einsatz einer Waffe zu rechtfertigen versuchte, die „indirekt“ oder „unbeabsichtigt“ eine Million Unschuldiger tötet, weil diese zufällig in der Nähe eines „militärisch wichtigen Zieles“ leben.

Abschreckungspolitik muß neu durchdacht werden

Auch die „indirekten Wirkungen“ der Auslösung eines Atomkriegs reichen aus, ihn in jeder Form zu einem nicht zu rechtfertigenden moralischen Risiko zu machen. Es genügt z. B. nicht zu behaupten, daß „unsere“ Seite Pläne für einen „begrenzten“ oder „selektiven“ Einsatz hat. Ein moderner Krieg läßt sich nicht einfach durch gute Absichten oder technische Vorkehrungen unter Kontrolle halten. Bei dem psychologischen Klima in der Welt löst die Erwähnung des Begriffs „nuklear“ Unbehagen aus. Viele behaupten, daß der Einsatz einer einzigen taktischen Atomwaffe eine Panik mit gänzlich unvorhersehbaren Folgen hervorrufen könnte. Eben diese Mischung von politischer, psychologischer und technischer Ungewißheit hat uns in diesem Brief dazu bewogen, durch moralische Verbote und Vorschriften die weit verbreitete politische Barriere gegenüber einem Griff zur Atomwaffe zu verstärken. Wenn wir eine Verbesserung der Kommando- und Kontrolleinrichtungen oder wesentliche Reduzierung

gen strategischer und taktischer Nuklearstreitkräfte befürworten und für eine Politik des Verzichts auf den Ersteinsatz eintreten (wie in diesem Brief dargelegt), so ist dies als eine Ergänzung zu unserer Forderung zu sehen, eine moralische Schranke gegen den Atomkrieg zu errichten.

Jeder Anspruch einer Regierung, eine moralisch akzeptable Abschreckungspolitik zu betreiben, muß mit äußerster Sorgfalt geprüft werden. Wir sind gern bereit, vom moralischen Standpunkt aus an der weiteren öffentlichen Diskussion in unserem Land teilzunehmen.

Die Notwendigkeit, die Abschreckungspolitik unseres Landes neu zu durchdenken, die für eine Verminderung der Möglichkeit eines Atomkrieges notwendigen Veränderungen vorzunehmen und ein stabileres System nationaler und internationaler Sicherheit anzustreben, erfordert beträchtliche intellektuelle, politische und moralische Anstrengungen. Sie verlangt unserer Meinung nach auch die Bereitschaft, uns der Fürsorge, der Macht und dem Wort Gottes zu öffnen, das uns laut ruft, unser gemeinsames Menschsein und die Bindungen wechselseitiger Verantwortung zu erkennen, die trotz aller politischen Unterschiede und Atomwaffenarsenale in der internationalen Gemeinschaft bestehen.

Wir Bischöfe erkennen ausdrücklich an, daß in unseren eigenen Reihen und unter den Katholiken in den USA viele Stimmen laut werden, die bezweifeln, daß die Strategie der Abschreckung eine geeignete Antwort auf den Rüstungswettlauf unserer Tage ist. Sie weisen auf die historische Tatsache hin, daß die Abschreckung in der Tat nicht zu wesentlichen Abrüstungsprozessen geführt habe. Außerdem geben diese Stimmen zu Recht der Sorge Ausdruck, selbst eine an Bedingungen geknüpfte Billigung der nuklearen Abschreckung in einem Brief wie diesem könnte von einigen dazu mißbraucht werden, um die Politik der Aufrüstung zu untermauern. Sie fordern uns auf, statt dessen die Glaubensgemeinschaft vor eine prophetische Herausforderung zu stellen – eine Herausforderung, die die nukleare Abschreckung hinter sich läßt und entschlossener Schritte fordert in Richtung auf eine beiderseitige wirkliche Abrüstung und Friedensstiftung. Wir erkennen die intellektuellen Beweggründe ihrer Argumente an und die religiöse Sensibilität, die ihnen ihre große Kraft verleiht.

Die Gefahren des Atomzeitalters und die ungeheuren Schwierigkeiten, vor denen wir auf unserem Weg zu einem geeigneteren System globaler Sicherheit, Stabilität und Gerechtigkeit stehen, erfordern Schritte, die über unsere bisherigen Vorstellungen von Sicherheit und Verteidigung hinausgehen.

In einer Welt, die noch nicht das vollkommene Reich Gottes ist, einer Welt, in der persönliches Handeln und gesellschaftliche Zwänge immer wieder den Einfluß der Sünde und der Unordnung unter uns deutlich machen, muß man der Verhinderung und Begrenzung der Gewalt des Krieges ständige Aufmerksamkeit widmen. Aber die katholische Lehre von Krieg und Frieden erschöpft sich nicht in dieser Aufgabe.